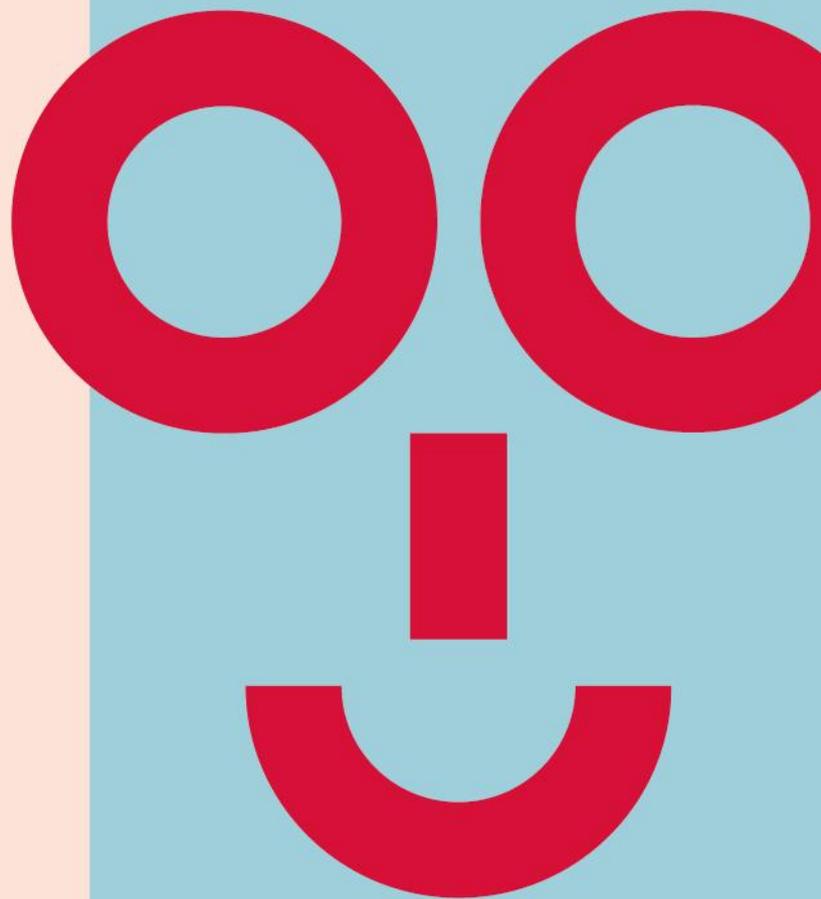


# LANDESFORUM '25

Steiermark



Leitantrag

**DAS  
GEWERK-  
SCHAFFEN  
WIR!**

[www.gpa.at](http://www.gpa.at)

**gpa**  
MEINE  
GEWERKSCHAFT

## **INHALT**

Forderungen Landesforen.....	2
Elementarpädagogik .....	3
Betreuungs- und Pflegeangebote ausbauen.....	4
Versichertennahe Sozialversicherung.....	5
Ausbau öffentlicher Verkehr .....	6
Wohnen.....	7
Finanzielle Stärkung der Gemeinden .....	9

## **Forderungen Landesforen**

Die Gewerkschaft GPA setzt sich auf allen Ebenen für die Interessen ihrer Mitglieder und der Arbeitnehmer:innen ein. Das betrifft den Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitgeber:innen, aber auch die Formulierung von Forderungen an die politischen Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen. Im Bereich des Arbeitsrechts, der Steuerpolitik und der sozialen Sicherung ist dies der Bundesgesetzgeber.

Die Länder aber entscheiden in erster Linie darüber, wie die Rahmenbedingungen für leistbares Wohnen, Mobilität und öffentlichen Verkehr, das Gesundheitswesen, Pflege und Betreuung, Kinderbildungseinrichtungen oder die Förderung der regionalen Wirtschaft gestaltet werden.

Als GPA setzen wir uns daher als Interessensvertretung auch auf landespolitischer Ebene für eine **arbeitnehmer:innenfreundliche Politik** ein.

## **Elementarpädagogik**

Wir treten für ein flächendeckendes und ausreichendes Angebot an ganztägigen Kinderbildungseinrichtungen mit langen Öffnungszeiten und weniger Schließtagen ein. Als wichtigen Bestandteil des Angebots an Kinderbetreuung sehen wir auch Tageseltern, die vor allem aufgrund der Betreuungszeiten den Bedürfnissen der Eltern entgegenkommen. Zwar wurden die Betreuungsquoten in den letzten Jahren erhöht, nach wie vor ist das Betreuungsangebot aber noch unzureichend. Außerdem bestehen zwischen den Bundesländern bei der Versorgungsqualität große Unterschiede.

Wir treten für einheitliche Rahmenbedingungen in der Qualitätssicherung hinsichtlich Gruppengrößen, Vorbereitungszeiten, Personalschlüssel und Weiterbildungsmaßnahmen, Öffnungszeiten und der Ausbildung der Pädagog:innen ein.

Wir fordern im Bereich der Elementarpädagogik mehr Personal sowie faire Bezahlung, auch um Probleme wie fehlende Deutschkenntnisse und erhöhten Förderbedarf gut bewältigen zu können. Die persönliche finanzielle Belastung der Eltern ist im Sinne einer Bildungseinrichtung zu berücksichtigen.

## **Betreuungs- und Pflegeangebote ausbauen**

In den einzelnen Bundesländern gibt es derzeit bei den Angeboten große regionale Unterschiede. Wir treten dafür ein, dass für ganz Österreich einheitliche Standards auf hohem Niveau festgelegt werden. Mit dem Pflegefonds werden die Länder und Gemeinden durch Steuermittel im Bereich der Langzeitpflege unterstützt, dieser wurde im Finanzausgleichsgesetz 2024 aufgestockt und wird künftig valorisiert. Dieses Instrument soll ins Dauerrecht überführt werden.

Im Gegenzug muss sichergestellt werden, dass die Länder ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit Betreuung und Pflege auch gerecht werden. Öffentlich finanzierte Pflege und Betreuung soll von Organisationen betrieben werden, in deren Fokus und in deren Daseinszweck die Erbringung dieser gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten ist.

Institutionen und Unternehmen in der öffentlich geförderten Pflegeversorgung sollen ausschließlich gemeinnützig betrieben werden dürfen.

Die Gemeinnützigkeit als Erfordernis für den Betrieb von Pflegeeinrichtungen ist landesgesetzlich festzuschreiben.

## **Versichertennahe Sozialversicherung**

Die Sozialversicherung wurde durch die Reform 2018 stark geschwächt. Neben einer finanziellen Schwächung wurde die Sozialversicherung den Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertretern ausgeliefert. Das bewirkt eine Steuerung, die sich nicht an den Interessen der Leistungsberechtigten, sondern der Arbeitgeber:innen orientiert. Die Verkleinerung der Gremien und die Überzentralisierung der Steuerung in den Trägern und mangelnde Kompetenzen für die Landesstellenausschüsse tragen zu einem massiven Abbau an Versichertennähe bei. Das verlangt nach einer Kurskorrektur.

- Die ÖGK-Landesstellen sollen Personalkompetenz für regional relevante Bereiche bekommen, es bedarf einer Ausweitung des Gestaltungsspielraums durch eine höhere Dotierung des Innovations- und Zielsteuerungsfonds.
- Möglichkeit der Verhandlung und Abschluss von Einzelverträgen mit regional spezifischen Gesundheitsdiensteanbietern im jeweiligen Bundesland, wenn es keine Gesamt- oder Rahmenverträge gibt.
- In der Pensionsversicherungsanstalt sollen die Rehabilitationssauschüsse wiedereingeführt werden. Auch die Schaffung von Leistungsausschüssen soll ermöglicht werden.
- In der Allgemeine Unfallversicherungsanstalt in jedem Bundesland eine Landesstelle geschaffen werden, Leistungsausschüsse sollen geschaffen werden, die die Letztentscheidung von Härtefällen treffen können.
- In größeren Städten bzw. in Regionen mit keiner oder nur wenig Fachärzt:innen und langen Wartezeiten auf Termine, sollte es zumindest ein Gesundheitszentrum der Krankenversicherung geben, das auch wichtige Facharztrichtungen abdeckt.
- Verstärkter Ausbau und ein besseres Angebote an Kassenärzt:innen, auch um die Problematik langer Wartezeiten auf Termine bei Fachärzt:innen beheben zu können. Notwendig sind dafür bessere Rahmenbedingungen und Anreize für Kassenärztinnen und Kassenärzte sowie mehr Investitionen in deren Ausbildung.

## **Ausbau öffentlicher Verkehr**

Auf regionaler Ebene soll eine Siedlungsstruktur angestrebt werden, in der praxistaugliche Alternativen zum Auto und Lkw existieren. Die regelmäßigen Wege zwischen Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit, Gesundheit sowie für die Zu- und Ablieferung etc. müssen damit in einem angemessenen Zeitrahmen und mit kurzen Distanzen realisierbar sein. Dazu gehört die Förderung eines multimodalen Verkehrs, vor allem auch um Lösungen für die sogenannte „letzte Meile“ vor dem jeweiligen Ziel zu schaffen.

- Bau der dritten Spur der Pyhrnautobahn A9 südlich von Graz zwischen Graz-West und Wildon
- Ausbau der B68 im Sinne der Pendler:innen, Betriebe, der regionalen Infrastruktur und der Bevölkerung
- Langfristige Sicherung und Ausweitung der Verkehrsdienstverträge sowie Personalfinanzierung für Bahn- und Busbereich
- Raumplanung – Verkürzung der erzwungenen Mobilität. Bei Betriebsansiedlungen ist Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel sicherzustellen.
- Ausbau von Co-Workingspaces. Diese können dazu beitragen, den Verkehr zu reduzieren, Zeit für Arbeitswege verhindern und in einigen Lebenssituationen Druck von Beschäftigten nehmen (Kinder rechtzeitig abholen, kurze Wege zu Pflegebedürftigen ...)

## **Wohnen**

Der Wohnbausektor erlebt in den letzten Jahren den stärksten Einbruch seit langem. Die Wohnbauinvestitionen sind stark gesunken. Das beschlossene Wohn- und Baupaket mit einem Gesamtvolumen von 2,2 Milliarden Euro hat zwar einige wichtige Impulse enthalten, ist aber bislang noch nicht zu merken. Der Rückgang bei der Bautätigkeit gefährdet nicht nur leistbares Wohnen in Österreich, sondern auch Tausende Arbeitsplätze am Bau sowie in nachgelagerten Branchen. Außerdem bietet der Wohnbau die Chance, Klimaschutz stärker zu fördern – etwa durch klimagerechte Neubauten, energieeffiziente Sanierungen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen, die Städte kühlen und die CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessern. Wohnen zu Miete oder im Eigenheim muss für junge Familien leistbar sein.

- Wir fordern die Zweckwidmung der Wohnbauförderung
- Keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnbau
- Der Bund soll den Ländern dauerhaft eine zweckgebundene Wohnbau-Milliarde zuweisen. Damit soll eine höhere geförderte Bautätigkeit sowie die Beschäftigung am Bau gesichert werden. Die Länder sollen ihren vollen Anteil nur bekommen, wenn sie dieses Geld zusätzlich in den geförderten Wohnbau investieren. Die Länder müssen die Fördersätze pro Wohnung wegen der stark gestiegenen Zinskosten für Bankdarlehen erhöhen. Andererseits sollen sie auch die geförderte Neubaumenge insgesamt steigern.
- Nutzung der Möglichkeit einer sozial gerechten Leerstandsabgabe um das Angebot an Wohnungen zu erhöhen
- Sicherung des Bestands an leistbaren Wohnungen: Der soziale Wohnbau schafft nicht nur leistbares Wohnen, sondern wirkt sich auf den gesamten Mietmarkt preisdämpfend aus.
- Wir fordern eine Bodenpolitik, um Grundstücke für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stellen zu können. Grundstücke, die schon in öffentlicher Hand sind (z. B. nicht mehr benötigte Flächen und Gleise von Bahnhöfen oder leere Kasernen) sollen ausschließlich mit geförderten Wohnungen bebaut werden.
- Die Sanierung öffentlicher Gebäude leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele sowie zur langfristigen Senkung der Energiekosten für die öffentliche Hand. Auch die Sanierungsrate der öffentlichen Gebäude liegt weit hinter der von der EU vorgeschriebenen Sanierungsrate von 3 %. Ausreichend öffentliche Mittel sind daher notwendig, die ebenfalls zweckgewidmet für diese Aufgaben vergeben werden sollen. Neubauten sollen klimagerecht gebaut werden müssen.

- Die Wohnbauinvestitionsbank soll endlich geschaffen werden - aufgrund der massiven Zinssteigerungen ist diese notwendig, um den geförderten Wohnbau zu vergünstigen. Sie sollte Mittel bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) abrufen und zinsengünstige Kredite an gemeinnützige und private Bauträger für die Errichtung leistbarer Wohnungen weiterreichen.
- Wir fordern eine Raumplanung, die der Zersiedelung und dem erhöhten Bodenverbrauch entgegenwirkt. Die Standorte neuer Wohnungen sollen verstärkt auch an der bestehenden Infrastruktur und den Bedürfnissen der (künftigen) Bewohner:innen nach kurzen Arbeitswegen und Nähe zu regionaler Gesundheits- und Lebensmittelversorgung orientiert werden. Das gilt auch für Betriebsansiedelungen, öffentliche Erreichbarkeit ist zu berücksichtigen.
- In Betrieben ab 50 Beschäftigten muss es ein verpflichtendes betriebliches Mobilitätsmanagement geben.

## **Finanzielle Stärkung der Gemeinden**

Städte und Gemeinden tätigen etwa ein Drittel der staatlichen Gesamtinvestitionen, aber ihre Finanzierungsmöglichkeiten sind beschränkt. Die größte Einnahmequelle bilden die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Dieser Anteil ist von der wirtschaftlichen Lage abhängig und fällt in Krisenzeiten geringer aus. Als Reaktion darauf werden Investitionen verschoben, denn die Einnahmeausfälle können kurzfristig kaum durch Schuldenaufnahmen oder alternativen Einnahmequellen ausgleichen werden. Derzeit kommen die Gemeinden unter Druck und schränken Investitionen ein, da Mittel durch die Abschaffung der kalten Progression und die Senkung der Körperschaftssteuer fehlen. Gemeinden müssen daher ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit wichtige öffentliche Leistungen für die Bevölkerung sichergestellt werden können.

- Die finanziellen Mittel für die kommunale Infrastruktur in den Städten und Gemeinden, (zum Beispiel Neubau/Sanierung von Schulen, elementaren Kinderbildungseinrichtungen und kommunalen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen) sind auszuweiten. Substanzielle Mittel aus dem Fonds für die ländliche Entwicklung sind verpflichtend für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur vorzusehen.
- Mehr Mittel über Ertragsanteile für Städte, Gemeinden und Länder.
- Den Gemeinden soll es möglich sein, von den zinsgünstigen Konditionen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) zu profitieren.
- Unterstützung von mehr „grünen“ Energiegemeinschaften. Dadurch Senkung der Energiekosten, auch für Wirtschaft. Das dient der Sicherung und Förderung von Arbeitsplätzen in der Region.